https://mail.gen-ethisches-netzwerk.de/node/731

Gen-ethischer Informationsdienst

Die Politik des Hungers im südlichen Afrika

Nothilfe im Machtpolitischen Kampf gegen das Vorsorgeprinzip

AutorIn
Ute Sprenger

In akuten Notsituationen kann die Nahrungsmittelhilfe lebensrettend sein. Allerdings gerät die Unterstützung mit Naturalien zunehmend unter Beschuss, erst recht seitdem bekannt wurde, dass dabei auch transgener US-Mais geliefert wird.

Die Getreideernten in sieben der vierzehn Länder des südlichen Afrika sind in diesem Jahr geringer ausgefallen als erwartet. Dies wurde unlängst auch auf einen Agrarministertreffen der SADC-Staaten (Southern African Development Community) bestätigt. Zwar gibt es in den anderen Staaten gewisse Reserven an Mais, Hirse und Sorghum, die auch regional verfügbar sind. Die zyklisch auftretenden Dürren, Überflutungen und Zyklone machen den Menschen im südlichen Afrika in Kombination mit wirtschaftlichen Problemen jedoch immer mehr zu schaffen. Angesichts dessen droht in diesen Monaten in einem Teil des Region eine schwere Nahrungsmittelkrise, so meldet der humanitäre UN-Informationsdienst IRIN. Seit einigen Wochen ruft deshalb das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) dazu auf, die Länder zu unterstützen.

Naturalien statt Geld

Weltweit wird 90 Prozent aller Nahrungsmittelhilfe anstatt mit Geldern zum Kauf von Hilfsgütern in der jeweiligen Region, in Naturalien aus anderen Ländern geliefert.(1) Tatsächlich ist die Naturalienhilfe unter Nichtregierungsorganisationen ebenso wie in Reihen internationaler Geber zunehmend umstritten, weil sie stark vom Angebot der Geberländer abhängt und zu wenig an den Bedürfnissen der Empfänger orientiert ist, weshalb die Gefahr besteht, dass damit regionale Märkte der betroffenen Regionen zerstört werden. Zu dieser Kontroverse kam im Zeitalter der Gentechnik eine weitere hinzu, die mit einer Nahrungsmittelkrise im Zeitraum 2002 und 2003 im südlichen Afrika begann. In deren Zentrum steht die Lieferung von gentechnisch verunreinigtem Mais aus den USA - und damit verbunden einmal mehr die Frage, wem diese Art der humanitären Hilfe eigentlich dient. Eine neue Dimension erhält diese Frage mit der aktuellen Debatte um den Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen zur Bekämpfung von Hunger und Armut. Biotech-Lobbygruppen hatten sich Ende Juli für die Nutzung transgener Pflanzen im Rahmen der Organisation „Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika“ (AGRA) ausgesprochen. Damit widersprachen sie dem ehemaligen Generalsekretär der Vereinten Nationen und heutigen Chef-Repräsentanten der Allianz, Kofi Annan, der kurz zuvor den transgenen Saaten in Afrika eine Absage erteilt hatte. Der Landwirtschaftsminister von Sambia, jenem Land das besonders unter dem Sperrfeuer der besagten Lobby steht, stellte daraufhin klar, sein Land

werde keinesfalls als „Müllkippe für gentechnisch veränderte Produkte genutzt werden“.(2) In Sambia liegt seit April 2007 ein Gesetzentwurf zur Biosicherheit zur Beratung vor. Damit soll der zukünftige Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) geregelt werden.

USA: We feed the World

Das Ernährungprogramm der UN erhält gut die Hälfte seiner Ressourcen an Getreide, Hülsenfrüchten, Pflanzenölen oder Milchprodukten aus den USA. Dort scheint man sich nach wie vor in der Rolle des traditionellen Weltversorgers zu sehen. Auf der Website der staatlichen Entwicklungshilfeorganisation USAID heißt es in einer Mischung aus Selbstüberhöhung und Stolz, die Vereinigten Staaten seien nun einmal „in der Lage, enorme Mengen an Nahrung anzubauen“, insofern schicke man eben als weltgrößter Nahrungsmittelexporteur einen Teil dieser Waren seit 50 Jahren auch als Hilfslieferungen ins Ausland.(3) Das weist tatsächlich weniger auf amerikanischen Edelmut in humanitären Angelegenheiten hin, als auf die Ansicht, bei der Nahrungsmittelhilfe hätten US-Farmer quasi ein Gewohnheitsrecht auf den Absatzmarkt in Notgebieten. Nun haben viele dieser Farmer seit 1996, dem Beginn des kommerziellen Gentech-Anbaus, bereits auf transgene Kulturen umgesattelt. Mittlerweile steht transgener Mais dort auf 73 Prozent der Maisflächen, bei Sojabohnen sind es sogar 91 Prozent. Trotzdem verweigert sich der Exportweltmeister von Nahrungsmitteln mit Verweis auf die Kosten bis in die Gegenwart einer getrennten Verarbeitung seiner Ernten. Infolgedessen sind nahezu alle Lieferungen von Mais, Reis oder Sojabohnen aus diesem Land mit GVO verunreinigt.

Kontroverse um Souveränität

Der Streit um Lieferungen von kontaminierter Nahrungsmittelhilfe ins südliche Afrika nahm im August 2002 seinen Anfang. Seinerzeit gerieten einige afrikanische Staaten weitweit in die Schlagzeilen, weil deren Regierungen trotz akuter Nahrungsmittelknappheit die Annahme der Lieferungen des Welternährungsprogramms verweigert hatten. Aufgrund einer Dürreperiode hatten die Regierungen von Malawi, Lesotho, Simbabwe und Sambia zwischen Februar und Mai jenes Jahres den Katastrophenzustand erklärt. Ende Mai bat Sambias Präsident Levy Mwanawasa die internationale Gemeinschaft um Unterstützung bei der Bewältigung der Ernährungskrise. Wenige Wochen nach diesem Hilferuf traf im Juli 2002 eine erste Lieferung des Welternährungsprogramms in Sambia ein: 50.000 metrische Tonnen Körnermais aus den USA. Was die Programm-Verantwortlichen seinerzeit beim Import freilich verschwiegen: Die Fracht war gentechnisch verunreinigt. Allerdings hatte Sambias südlicher Nachbar Simbabwe kurz zuvor schon in einer Lieferung des UN-Programms transgenen Mais entdeckt und daraufhin dankend abgelehnt. Insofern war man in Sambia vorgewarnt. Dessen Regierung zeigte sich anfangs zwar noch unschlüssig, folgte dann aber dem Rat einheimischer Wissenschaftler, die vor der Verteilung des Getreides warnten. Nach Rücksprache mit Fachleuten aus Bauernverbänden, Kirchen, Zivilgesellschaft und Wissenschaft fiel schließlich die Entscheidung. „Die Beratungen haben ergeben, dass das Land noch nicht bereit für gentechnisch veränderte Nahrungsmittel ist“, erklärte der Regierungssprecher im nationalen Fernsehsender. Sambia verfüge nicht über die notwendigen Regelungen, um deren Wirkung auf Menschen oder die Umwelt beurteilen zu können. Das WFP wurde aufgefordert, den transgenen Mais wieder außer Landes zu schaffen. An die internationalen Geber erging gleichzeitig die Bitte, bei der Suche nach gentechnikfreien Reserven behilflich zu sein; mit einheimischen Mühlen wurde darüber verhandelt, wie die Ressourcen für die Ernährung der Bevölkerung verteilt und verarbeitet werden könnten.(4) Die Simbabwer hatten inzwischen beschlossen, nur vermahlenen Mais als Nahrungsmittelhilfe zu akzeptieren, eine Linie, auf die auch Mosambik, Lesotho, Swaziland, Malawi und Angola wenig später einschwenkten. Für die Afrikaner ging es bei dieser Kontroverse - und geht es noch heute - um die Souveränität über ihre Nahrung. Umso mehr, als wenig später herauskam, dass schon seit 1996 gentechnisch kontaminierte Nahrungsmittelhilfe in die Region (und ebenso an die Philippinen, Indien, Bolivien, Kolumbien, Guatemala, Nicaragua und Ecuador) geliefert worden war.(5) Sambias damaliger Landwirtschaftsminister warf deshalb der Gebergemeinschaft jahrelange Täuschung vor.

US-Gentechlobby in Aktion

In den Reihen von WFP und USAID reagierte man mit Unverständnis und Verärgerung auf die afrikanischen Forderungen, wobei besonders Sambia unter massiven Druck der großen Hilfsorganisationen aber auch der US-Gentechlobby, geriet. Seitens WFP/USAID behauptete man, kein anderes als transgenes Getreide liefern zu können. Dennoch konnten die Sambier in den folgenden Wochen und Monaten mit Unterstützung anderer bilateraler Institutionen und Geber - darunter die Europäische Union - gentechnikfreie Nahrungsmittel aus der Region beschaffen.(6) Die Regierung selbst begann gleichzeitig, die Diversifizierung beim Anbau und die Nutzung zertifizierten Saatguts zu fördern. Im Januar 2003 meldete schließlich IRIN, das WFP habe Ersatzreserven für Sambia gefunden. Allerdings ließen die USA es auch danach nicht dabei bewenden. Die Juristin Mariam Mayet vom African Center for Biosafety berichtet, dass die USAID im März 2004 versucht habe, in Sambias Vorlagen für einen Gesetzentwurf zur Biosicherheit unter anderem das Konzept der „substanziellen Äquivalenz“ einzuführen.(7) Mit diesem Konzept hantieren die USA, wenn sie in Abrede stellen, das Produkte aus transgenen Verfahren andersartig sind als konventionelle.

Afrikanisches Modellgesetz

Besondere Bedeutung kam bei der Entscheidung der sambischen Regierung, die Einfuhr von transgenem US-Mais abzulehnen, dem Vorsorgeprinzip zu. Auch wenn bislang nur die Regierungen von Simbabwe, Südafrika und Malawi die Biosicherheit gesetzgeberisch geregelt haben, so hatten sich die Mitglieder der SADC-Gemeinschaft vor einigen Jahren auf die Anwendung dieses Prinzips, das im Cartagena Protokoll über die biologische Sicherheit verankert ist, geeinigt. Demnach muss beispielsweise die Regierung eines Landes vor Einfuhr von lebenden GVO, also auch transgenem Getreide oder Saatgut, durch den Importeur informiert werden. Auf Grundlage des Cartagena Protokolls hatte die Afrikanische Union zudem im Jahr 2001 ein Afrikanisches Modellgesetz entworfen, das jenen Ländern, die dies wünschen, weitgehende Schutzmechanismen bei Risikovorsorge und Haftungsregelungen im Fall von Kontaminationen durch GVO an die Hand gibt.(6) Die Gründe für Sambias strikte Ablehnung der Einfuhr von GVO, aber auch für die Restriktionen der anderen Staaten, waren gesundheitliche, agronomische und wirtschaftliche Vorbehalte. Anders nämlich als etwa in den USA ist Mais - neben Hirse, Sorghum oder Cassava - in weiten Teilen des südlichen Afrika ein Grundnahrungsmittel. Es gibt aber keine Erkenntnisse darüber, wie der tägliche Konsum von gv-Mais sich auf den menschlichen Organismus auswirkt; erst recht nicht bei durch Hunger geschwächten Personen. Sorge machte auch die Bedrohung, die von den transgenen Sorten für die einheimischen Maisorten ausging. Denn nach 400 Jahren züchterischer Arbeit steht den Bauern und Bäuerinnen des südlichen Afrika heute, eine große Vielfalt angepasster Maissorten zur Verfügung. Nicht selten aber wird Körnermais aus der Nahrungsmittelhilfe von den Bauern auch wieder ausgesät. Sollten die transgenen Sorten auskreuzen, wäre deshalb zu befürchen, dass dies die Erosion der alten Sorten beschleunigt, mit unabsehbaren Folgen für die langfristige Sicherung der Ernährung in der Region. Und schließlich fehlen den Ländern die finanziellen und technischen Kapazitäten für den Aufbau eines für die Gentechnik notwendigen Sicherheitssystems, ebenso wie zum Umgang mit Fragen von geistigen Eigentumsrechten. Zudem bestand das Risiko, den gentechnikskeptischen europäischen Exportmarkt infolge von Kontaminationen zu verlieren.

Propaganda gegen gute Argumente

Es gibt also ein ganzes Bündel guter Argumente, um die afrikanischen Interessen zu schützen. Trotzdem wiesen hochrangige US-Politiker wiederholt der EU nicht nur die Schuld an der Weigerung der Afrikaner zu, den US-Mais anzunehmen, sondern damit auch mehr oder weniger direkt die Verantwortung für afrikanische Hungertote. Dies wurde stets von der EU zurückgewiesen. Der Südafrika-Leiter der Umweltorganisation IUCN, Saliem Fakir, nannte diesen Winkelzug eine „moralische Falle”. Für die USA sei Afrika in Wahrheit nichts als ein Bauer im Schach gegen die Position Europas zur Agro-Gentechnik.(5) Tatsächlich war man seinerzeit gerade dabei, eine Allianz zu schmieden, um das seit 1998 bestehende De-facto-Moratorium für Neuzulassungen von transgenen Pflanzen, das nach US-Lesart der Grund für die geringe europäische

Nachfrage nach GVO war, mit einer Klage vor der Welthandelsorganisation zu Fall zu bringen. Diese Klage wurde Mitte Mai 2003 gemeinsam mit Argentinien und Kanada eingereicht. Verbündete dazu hatte man vergeblich auch in Afrika gesucht. Insofern war und ist dieser von den USA losgetretene Konflikt mit Ländern Afrikas im Kern eine Instrumentalisierung humanitärer Notlagen im Kontext des Handelskrieges um die Gentechnik in der Landwirtschaft. Mit erpresserischem Druck auf afrikanische Staaten versucht(e) man dabei zu erreichen, dass die ihre Entscheidungen zu Beschränkungen oder Einfuhrverboten von GVO wieder rückgängig machen. Dass die meisten der Länder auf Europas Nachbarkontinent hier bis heute widerstehen, wird in Europa selbst bislang noch viel zu wenig wahrgenommen.

Fußnoten

Quellen:

Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen im Netz unter: www.wfp.org. Das Büro der Vereinten Nationen für die Kordination humanitärer Hilfe (IRIN) im Netz unter: www.irinnews.org.

Fußnoten:

1. Food aid or hidden dumping? Oxfam Briefing Paper. März 2005.
2. Michael Malakata „Zambia adamant: no GM“, www.scidev.net, 03.08.07
3. Fact Sheet: African Humanitarian Crisis, USAID - U.S. Agency for International Development, 03.07.03 (www.usaid.gov).
4. Singy Hanyona: Zambia Finally Rejects Transgenic Food Aid. ENS - Environmental News Service, 19.08.02.
5. Fred Pearce: UN is slipping modified food into aid. New Scientist, 19.09.02.
6. Europäische Kommission bedauert WTO-Klage der USA über GVO und bezeichnet die Entscheidung der USA als unklug und unnötig. EU-Pressemitteilung vom 13.05.03.
7. Mariam Mayet: GM Crops for Africa? No Thanks! Institute for Science in Society / African Centre for Biosafety, Press Release. 04.10.05.

Informationen zur Veröffentlichung

Erschienen in:
GID Ausgabe 183 vom August 2007
Seite 17 - 19